



Antrag

Fraktion AfD

Umweltscouts würdigen, unterstützen und landesweit einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag würdigt das ehrenamtliche Engagement aller Bürger in unserem Land, die in ihrer freien Zeit Müll aus der Landschaft einsammeln, beräumen und entsprechend entsorgen.

Der Landtag stellt zudem fest, dass illegaler Müll im Land zunimmt, ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt und dafür Lösungen entwickelt werden müssen, um diesen Trend umzukehren und vollständig zu unterbinden.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. das Beispiel der Umweltscouts aus dem Landkreis Mansfeld-Südharz zu unterstützen, auszubauen und landesweit einzuführen.
2. ein flächendeckendes Kataster illegaler Müllablagerungsstätten im Land einzuführen, um alle Müllablagerungen entsprechend zu erfassen, zu beräumen und diese regelmäßig zu kontrollieren.
3. eine entsprechende Dokumentationsmöglichkeit bzw. ein Monitoring für Ehrenamtliche, die Müll sammeln, zu entwickeln bzw. anzuerkennen, damit sie bei dieser Tätigkeit entsprechend legitimiert und abgesichert sind.
4. mit den Landkreisen ein entsprechendes Annahme- und Erfassungssystem bei den Kreisentsorgungseinrichtungen zu organisieren, die es Ehrenamtlichen ermöglichen, eingesammelten Müll - wie vorgefunden - kostenlos abzugeben und entsprechend zu dokumentieren.

Begründung

Die Drucksache 7/3938 ergab einen ersten Überblick über das tatsächliche Problem der illegalen Müllablagerungen, deren Dimensionen und die den Kommunen entste-

(Ausgegeben am 26.06.2020)

henden Zusatzkosten. Daher wurde der Antrag „Illegalen Müllentsorgungen vorbeugen und diese konsequent ahnden“ (Drucksache 7/4122, 21.03.2019) gestellt. Zu den Problemen und Folgen illegaler Müllablagerung in der Landschaft wurde in der Antragsbegründung entsprechend ausgeführt.

Allerdings wurde innerhalb der Antragsdebatte für eine Problemlösung auf die Prävention der 65 Abfallberater der Kreise und kreisfreien Städte fokussiert (Landtag von Sachsen-Anhalt, Stenografischer Bericht 7/70, 05.04.2019).

Im April 2020 - aufgrund von Annahmeengpässen der Wertstoffhöfe infolge Coroneinschränkungen - stellte Umweltministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert dann fest: „Es liegen Anzeichen dafür vor, dass Abfälle zunehmend illegal in der freien Landschaft entsorgt werden. [...] Das ist nicht hinnehmbar.“ (u. a. Mitteldeutsche Zeitung, 04.04.2020). Sie rief zudem alle Menschen auf, den in den Hecken und am Wegesrand liegenden Kleinmüll beim Spaziergehen oder Joggen einzusammeln.

Wie nach den letzten Diskussionen im verantwortlichen Ausschuss für Umwelt und Energie im Rahmen der Berichterstattung des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie festzustellen war, gibt es kein Patentrezept, um illegale Müllablagerungen zu verhindern. Rational lässt sich nicht erklären, warum Müll, der kostenlos angenommen wird, von Bürgern anstatt im Wertstoffhof in der freien Landschaft abgeladen wird. Eine Klärung der Sachlage würde nur im Rahmen einer umfassenden Motivationserfragung von ermittelten „Umweltsündern“ möglich. Dazu müssten diese allerdings tatsächlich ermittelt werden (vgl. Drs. 7/3928).

Der vorliegende Antrag regt - im Rahmen der Beschlussrealisierung Drs. 7/4212, Punkt 5 - an, eine von Ehrenamtlichen selbst angestoßene und erfolgreich umgesetzte Variante der Bekämpfung von illegalen Müllablagerungen landesweit zu initiieren und zu unterstützen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender